



Fragwürdige Sicherheit der Belgischen Atomkraftwerke

NRW-Staatssekretär Knitsch und Experten aus 3 weiteren EU-Staaten diskutieren über Doel und Tihange

Am 03.03.2016 fand in der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Europäischen Union eine Breakfast Debate zum Thema „Nuclear risks across borders. Doel and Tihange seen from a neighbour's perspective“ statt. Die Veranstaltung wurde von der Heinrich Böll Stiftung (hbs) gemeinsam mit der Landesvertretung NRW durchgeführt.

Diskussionsteilnehmer waren die ehemalige saarländische Umweltministerin Simone Peter; Prof. Pierre-Etienne Labeau (Freie Universität Brüssel), Gerdo van Grootheest; stellvertretender Bürgermeister von Maastricht; Peter Knitsch; Staatssekretär im MKULNV NRW; Matthias Meersschaert; Sprecher des belgischen Nuklear Forums und Peer de Rijck; WISE Niederlande.

Vertreter der belgischen Atomaufsicht und des belgischen Innen- und Umweltministeriums waren eingeladen, hatten aber eine Teilnahme abgelehnt.

Simone Peter erinnerte an die vergleichbare Situation mit dem französischen AKW Cattenom am Oberlauf der Mosel, das nur 10 km entfernt von der französisch-saarländischen Grenze entfernt liegt und auch mehrfach von Pannen und Störfällen betroffen war. Sie forderte EU-Regelungen, die Mitgliedsstaaten einen Einfluss auf die Genehmigungspraxis für Atomanlagen in ihren Nachbarländern ermöglichen. Immerhin gäbe es mit Frankreich im Unterschied zu Belgien einen Informationsaustausch hinsichtlich der Sicherheit der Reaktoren in Grenznähe. Der Betrieb der wiederangefahrenen Reaktoren in Belgien sei nach deutschen Sicherheitsstandards nicht genehmigungsfähig. So seien zum Beispiel die mangelhaften Vorkehrungen gegen Terroranschläge nicht in die Risikobewertung eingegangen. Sie forderte einen EU-Gipfel zum Betrieb von Kernkraftwerken.

Professor Pierre-Etienne Labeau (Freie Universität Brüssel) betonte, dass er sich dem Thema aus einer rein wissenschaftlichen Sicht nähere. Nach seiner Meinung gehen von den

Reaktordruckbehältern in Doel und Tihange keine Gefahren aus. Die Schweißnähte der Behälter würden alle 10 Jahre einer wiederkehrenden 100%igen Ultraschallprüfung unterzogen, zusätzlich würden weitere Bauteile wiederkehrend geprüft. Diese Prüfungen hätten keine negativen Befunde ergeben. Er räumte allerdings ein, dass das Basismaterial des Reaktordruckbehälters (Edelstahl mit einer Stärke von 20 cm) seit der Herstellung keiner Prüfung unterzogen wurde. Erst bei einer Revision des Behälters 2012 seien oberflächliche Risse entdeckt worden, die seiner Auffassung nach auf Wasserstofflocken zurückzuführen seien, die bereits bei der Fertigung der Behälter entstanden sind. Im November 2015 habe die Atomüberwachungsbehörde FANC mitgeteilt, dass diese Risse kein Sicherheitsproblem darstellen und dem Wiederanfahren der Blöcke nicht entgegenstehen. Die untersuchten Behälter seien jetzt die am besten untersuchten Reaktordruckbehälter der Welt.

Der stellvertretende Bürgermeister von Maastricht, Gerdo van Grootheest, bemängelte, dass keine Informationen über Ereignisse im Kraftwerk Tihange an die Nachbarländer übermittelt würden. Außerdem gäbe es keine grenzüberschreitende Alarm- und Gefahrenabwehrplanung. Gegen den Weiterbetrieb seien drei Klagen der Städteregion Aachen, von Gemeinden in der Provinz Südlimburg in den Niederlanden und in der Deutschen Gemeinschaft in Belgien entweder bereits eingereicht worden oder in Vorbereitung.

Der nordrhein-westfälische Staatssekretär Peter Knitsch (MKULNV) verwies auf die große Besorgnis in der Grenzregion. Aus Sicht der Landesregierung seien die belgischen AKW keineswegs sicher. In Nordrhein-Westfalen seien schon lange keine AKW mehr in Betrieb und die nordrhein-westfälischen Bürger und Bürgerinnen und auch die Landesregierung wollten keine Renaissance der Atomenergie, auch nicht im Nachbarland Belgien. Die Landesregierung verfolge das Ziel einer konsequenten Energiewende und unterstütze



die Aktivitäten der Bevölkerung gegen den Weiterbetrieb von Tihange 2. Sie prüfe rechtliche Schritte gegen den Weiterbetrieb der AKW an beiden Standorten und werde schon bald tätig werden.

Matthias Meersschaert, Sprecher des belgischen Nuklear Forums beklagte die öffentliche Panikmache, die auch von den Medien insbesondere in Deutschland geschürt werde. Die Anzahl meldepflichtiger Ereignisse in Kernkraftwerken in Belgien sei abnehmend und die Sicherheitskultur der AKW in Belgien sei gut. So sei die Verfügbarkeit der Kraftwerksblöcke in Doel genauso so hoch wie im AKW Borsele in den Niederlanden, wo niemand eine Abschaltung fordere. 75% der Belgier seien nach Umfragen für einen Energiemix aus Kernkraft und Erneuerbaren Energien. Laufzeitverlängerung sei keine belgische Spezialität, auch in den USA und anderen Ländern seien die Laufzeiten der Reaktoren verlängert worden.

Peer de Rijck von der niederländischen Anti-Atom-Initiative WISE sagte, der Vergleich zwischen Doel und Borsele beruhige ihn nicht, weil Borsele, das letzte in den Niederlanden betriebene AKW, auch nicht sicher sei. Er beklagte, dass der Betreiber Electrabel, die Aufsichtsbehörde FNAC und die belgischen Behördenvertreter so eng verwoben seien, dass es faktisch keine unabhängige Überwachung gäbe. Er erwarte, dass die neue niederländische Umweltministerin den Widerstand gegen den Weiterbetrieb vorantreiben wird. Auch aus den Niederlanden seien juristische Schritte gegen den Weiterbetrieb von Doel zu erwarten.

In der anschließenden Diskussion mit dem Auditorium wurden insbesondere Fragen der technischen Sicherheit und der Informationspolitik vertieft. Aus Sicht von Staatssekretär Peter Knitsch ist es weiter unklar, ob die Risse fertigungsbedingt seien oder während des Betriebs entstanden seien. Die ersten Informationen über die Befunde habe die Landesregierung NRW nicht von den belgischen Behörden oder dem Betreiber der Reaktoren, sondern aus den Medien entnommen.

Hintergrund - Zur Situation der AKW in Belgien

In Belgien gibt es 2 Atomkraftwerksstandorte: Tihange, ca. 25 km südwestlich von Liege und Doel bei Antwerpen. Tihange liegt 60 km Luftlinie, Doel ca. 135 km Luftlinie von der Grenze zu Nordrhein-Westfalen entfernt, insbesondere die Region Aachen ist betroffen.

Das AKW **Tihange** besteht aus drei Blöcken mit Druckwasserreaktoren mit einer elektrischen Nettoleistung von jeweils rund 1.000 MW. Das AKW **Doel** besteht aus 4 Blöcken mit Druckwasserreaktoren mit einer elektrischen Nettoleistung zwischen 400 und 1000 MW. Von allen Kernkraftwerken in Europa hat Doel die am dichtesten besiedelte Umgebung: im Radius von 75 km leben etwa 9 Millionen Menschen.

Die belgische Regierung hatte im Jahr 2003 den **Atomausstieg** beschlossen. Drei Reaktorblöcke (Tihange 1, Doel 1 und Doel 2) sollten im Jahr 2015 abgeschaltet werden. Die aktuelle belgische Regierung unter Premierminister Charles Michel hat den Ausstieg im Dezember 2014 revidiert und die Laufzeit für alle Reaktoren bis 2025 verlängert.

Die Energieversorgung Belgiens wird von dem Energiekonzern **Electrabel** betrieben. Ihm wird von belgischen und internationalen Umweltorganisationen unterstellt, den Profit über die Sicherheit zu stellen und notwendige Investitionen unter Inkaufnahme von Risiken hinauszuzögern.

Sowohl in **Doel, Block 3**, als auch in **Tihange, Block 2**, gab es Rissbefunde an den Druckbehälterwänden, die zu einer Abschaltung der Reaktoren führten. Nach eingehenden Prüfungen ist die belgische Atomaufsicht FANC zu dem Schluss gekommen, dass die im Sommer 2012 entdeckten Anomalien im Material der Druckbehälterwand von Doel-3 und Tihange-2 keinen negativen Einfluss auf den sicheren Betrieb der Druckwasserreaktoreinheiten haben.

Am 17.11.2015 hat die belgische Atomaufsicht FANC die Genehmigung erteilt, die beiden Kernkraftwerke wieder anzufahren. Auf deutscher Seite hat dies insbesondere im grenznahen Bereich Besorgnis ausgelöst, die

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



noch dadurch verstärkt wurden, dass es weitere Zwischenfälle gab, die zu einer erneuten zwischenzeitlichen Abschaltung führten. Seit dem 6. Januar 2016 laufen wieder alle 7 Reaktorblöcke in Doel und Tihange.

Die Landesregierung setzt sich schon seit langem für die Abschaltung der belgischen Reaktoren ein und hat angekündigt, gemeinsam mit Rheinland-Pfalz Beschwerde gegen den Betrieb der umstrittenen Atomkraftwerke in Belgien bei der Europäischen Kommission und bei den Vereinten Nationen einlegen. Das Landeskabinett hat dazu am 8.3. einen entsprechenden Beschluss gefasst. Die Beschwerde richtet sich gegen die am längsten betriebenen Kraftwerksblöcke Doel 1 und 2 sowie Tihange 1, die bereits 1974 und 1975 ans Netz gingen.